

Vor allem aber durfte ich aus erster Hand erfahren, mit welcher Leidenschaft, Ernsthaftigkeit und Akribie die Pädagog\*innen der SOAL-Einrichtungen sich damit auseinandersetzen, wie Kinder ihre Welt wahrnehmen, wie sie sich von Anfang an bilden können, Gemeinschaft und Selbstermächtigung erleben.

Diese Leidenschaft für die Pädagogik und für die Kinder und Jugendlichen, ganz gleich ob in Kita, Ganztage oder Jugendhilfe ist ein zentrales Element, das für mich SOAL ausmacht. Es macht mich froh, dass es Menschen wie euch gibt, die nicht nachlassen für den Schutz und die Rechte der Kinder zu kämpfen und sie dabei unterstützen, die Welt so zu gestalten, dass es eine lebenswerte Zukunft gibt.

Ich wünsche euch allen, dass euch dieses Feuer erhalten bleibt und ihr es nicht verliert in der Mangelverwaltung des Alltags.

### Das Wachsen dorthin wo SOAL notwendig ist

Wir sind in den 16 Jahren, die ich Geschäftsführung war als Verband gewachsen und als Team. Ich durfte dazu beitragen, den Traum unser eigenes Bildungszentrum zu betreiben wahr werden zu lassen. Unsere Ideen zur Qualitätsentwicklung und zur Fachkraft für Kinderrechte sind mittlerweile gut angewachsen. Wir haben die Fachbereiche Ganztage und Jugendhilfe aufgebaut. Wir sind in der Corona-Zeit über uns selbst hinausgewachsen, inklusive einer eigenen Impfkation.

Dabei war das quantitative Wachstum nie erklärtes Ziel oder Selbstzweck, sondern eine logische Entwicklung dahin, wo wir das Gefühl hatten, gebraucht zu werden oder etwas Wichtiges beitragen zu können.

Ich persönlich bin gerade dabei dem Verband zu entwachsen und ich wünsche dir Hanna als neue Geschäftsführerin, dass du gut bei SOAL anzuwachsen kannst, auch wenn die aktuelle Lage im Feld eher durchwachsen ist. Ich bin überzeugt, dass du, das Team und die Mitglieder auch diesen Herausforderungen gewachsen sein werden.

Vielen Dank

*Anmerkung:*

- 1) Die Rede wurde am 11. Juli 2025 beim 40-jährigen Jubiläumsfest gehalten und für die FORUM-Jubiläumsausgabe verschriftlicht.

### Sabine Kümmerle

(Jahrgang 1969) hat den M.A. in Anglistik, Romanistik und Wirtschaftswissenschaften und ist Systemische Beraterin für Organisationen. Von Januar 2009 bis Mai 2025 war sie Geschäftsführerin des Alternativen Wohlfahrtsverbandes SOAL e.V. in Hamburg.

# Hamburg – Eine Stadt als Konzern

von Ronald Prieß

Vorbemerkung: Untersucht werden die Koalitionsverträge (KV) von SPD und Grünen seit 2015, um langfristige Trends Hamburger Stadtpolitik, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe kenntlich zu machen. Ich möchte mit der Analyse aber auch eine Standortbestimmung des Netzwerkes „Tu Was, Hamburg!“ vornehmen. Die Aussagen zur Kinder- und Jugendhilfe werden dabei im Zusammenhang mit der Gesamtausrichtung der Koalitionsverträge betrachtet und beziehen deswegen Aussagen zur Entwicklung der Metropolregion Hamburg (vgl. KV 2025, S. 4, 5, 30), zur Ausrichtung der Haushaltspolitik (vgl. ebd. S. 6-8) und Immobilienbewirtschaftung ein. (1)

## Metropolregion Hamburg

Laut Koalitionsvertrag 2025 hat Hamburg rund 1,9 Mio. Einwohner\*innen und die Metropolregion mittlerweile 5,4 Millionen Einwohner\*innen. Hamburg ist damit immer noch eine wachsende Stadt, wenn auch nicht mehr so stark wie in früheren Jahren. Seit 2019 beträgt der Aufwuchs rund 65.000 Einwohner\*innen. Das gilt auch für die Zahl der Kinder und Jugendlichen. Die Zahl der jungen Menschen beträgt laut

Statistik Nord 380.000. Davon sind 330.000 unter 18-Jährige. Auch ihre Zahl ist seit 2019 um 15.000 gewachsen. Hamburg ist auch eine Einwanderungsstadt. 57% der jungen Menschen haben einen Migrationshintergrund, deren Anteil seit 2019 ebenfalls von 52,7% auf 57% gewachsen ist. (2) Ein großer Teil der in Hamburg lebenden jungen Menschen ist allerdings arm. 52.400 unter 15-Jährige beziehen Bürgergeld. Das sind fast 20% aller Kinder, die seit Jahren nicht ausreichend versorgt sind. (3)

Auch wirtschaftlich steht die Stadt Hamburg besser da als der Bund. Rund 1,2% Wachstum werden für dieses Jahr prognostiziert. Im letzten Jahr waren es 1,7% Wachstum. Damit hat Hamburg sich bisher vom negativen Bundestrend abgekoppelt. (4) Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten ist seit 2019 auf rund 820.000 gestiegen. Ein Aufwuchs von rund 35.000 zusätzlichen Stellen.

Alle Koalitionsverträge seit 2015 definieren Hamburg und sein Umland als Metropolregion, die seit 2020 um 400.000 Bewohner\*innen gewachsen ist. Das liegt vor allem auch an der Abwanderung von Familien mit Kindern und Menschen mit zu geringem Einkommen in das Hamburger Umland, weil sie

Hamburg wächst weiter – es gibt  
1,9 Mio. Einwohner\*innen, 380.000  
davon sind junge Menschen.

sich Hamburger Mieten nicht mehr leisten können. Während in „Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg“ (5) davon zumindest in der Präambel auf Seite neun noch eine Vorstellung entwickelt wurde, wie eine der „wirtschaftsstärksten Regionen Europas“ definiert sein könnte, werden dazu im Koalitionsvertrag von 2020 außerhalb der Nennung des Begriffs kaum Vorstellungen entwickelt. Auch eine selbstkritische Aufarbeitung des relativen wirtschaftlichen Abstiegs dieser Region in Europa fehlt. (6) Während im Koalitionsvertrag der 21. Wahlperiode noch ausgeführt wird, dass mehr als „die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht in Hamburg geboren“ wurden, dass nahezu jede\*r „Dritte eine Einwanderungsgeschichte hat“ und Hamburg eine Ankunftsstadt ist, fehlen die Hinweise darauf in den neuen Verträgen weitgehend. Allenfalls aufenthaltsrechtliche Gesichtspunkte spielen eine Rolle. (vgl. KV 2020, S. 184) Im KV von 2020 ist nur noch nebulös von der „Zukunftsstadt“ Hamburg die Rede. Allenfalls können die Ausbauprojekte beim ÖPNV als Schritte in Richtung einer gemeinsamen regionalen Stadtplanung, mit den angrenzenden Bundesländern gesehen werden. Ideen für die Umsetzung des Rechts auf Mobilität für Kinder und Jugendliche? Fehlanzeige! Mit dem kostenlosen Schüler\*innenticket gibt es hier allerdings einen positiven Beitrag. Es fehlen u.a. eine überregionale Planung im Bereich der Bildungseinrichtungen, um die Interessen der Pendler\*innen mit Kindern zu berücksichtigen oder eine Strategie zum Zusammenbringen von Wohnen und Arbeiten. In der Wirtschaftspolitik dominiert die Benennung von bevorzugten Wirtschaftsklustern. Im Grunde ist die einzige relevante Alltagsdiskussion zu diesem Thema, der alltägliche Stau im Berufsverkehr.

### Hamburger Haushaltsführung – Wie Hamburg als Konzern geführt wird

Hamburg wird in allen Koalitionsverträgen als Konzern betrachtet. Beispielhaft der Koalitionsvertrag von 2020. Dort gibt es ein eigenes Kapitel „Modernes und nachhaltiges Management im Konzern Hamburg“ (KV 2020, S. 20). Hierfür wurden in der Vergangenheit die Grundlagen gelegt. Der Hamburger Haushalt wurde in einem mehrstufigen Prozess von der Kameralistik auf Doppik umgestellt. (7) Dieser Prozess wurde 2003 angestoßen und in den folgenden Jahren weiterentwickelt. Der Beschluss dazu in der Bürgerschaft erfolgte einstimmig. (8) Die heutige Haushaltsführung beruht grundlegend auf diesem Beschluss. Wichtige Strukturmerkmale sind die doppelte Buchführung, die Berücksichtigung von Rückstellungen, Abschreibungen und Vermögen. Wichtige Elemente sind 250 Produktgruppen und dazu gehörige Kennzahlen. Dabei werden die Kennzahlen auf diejenigen beschränkt, die für die Steuerung relevant sind. (9) Gemäß Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 17.12.12 ist in § 21 LHO die Deckungsfähigkeit von verschiedenen Haushalts-

positionen geregelt. Das bedeutet, dass Positionen gegeneinander verrechnet werden können. Mit der Drucksache 22/3643 (Mitteilung des Senates) ist jetzt eine Evaluierung erfolgt. Hier wird die Weiterentwicklung in Form von einer Budgetierung von Leistungen vorgeschlagen. Die Aussagen zu den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe finden sich im Einzelplan vier der jeweiligen Fachbehörde und in den Haushaltsplänen für die Bezirke. (10)

Mit dem Beschluss des Bundesrates vom 12.6.09 gilt mit Artikel 109 GG bundesweit die Schuldenbremse. Hiervon darf nur in Notlagen abgewichen werden. In Hamburg wurde diese 2012 im Artikel 72a der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg verankert. (11)

In einem Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichtes vom 4.9.20 wurde ein Antrag einer Volksinitiative zur Streichung der Schuldenbremse und die Wiederherstellung des alten Zustandes abgelehnt. (12)

### Die Koalitionsverträge in der Tradition dieser Idee

Alle Koalitionsverträge seit 2015 sind von dieser Idee geprägt. Stichworte dazu, das Prinzip des „Pay as you go“ und das Auslagern von Risiken in Neben- bzw. „Schattenhaushalte“. Danach dürfen die Ausgaben im Kernhaushalt nur um bis zu 1% jährlich wachsen. Finanzielle Risiken werden in Nebenhaushalte ausgelagert. Die regelmäßigen Milliardenüberschüsse der Stadt sind im Wesentlichen in den Schuldenabbau geflossen. (13) Zusätzlich kommen noch Mittel aus dem Bundeshaushalt dazu. (14) Laut Koalitionsvertrag von 2025 sind die Corona-Kredite komplett getilgt. Bei einem jährlichen Haushalt von fast 22 Mrd. € zahlt Hamburg dieses Jahr rund 490 Mio. € für Zinsen. (15) Die Einnahmen steigen weiter. (4) Die immer noch hohe Verschuldung der Stadt durch die HSH-Nord-Bank-Pleite wurde minimiert. Der Koalitionsvertrag kommentiert das mit den Worten, dass der „Vermögensverzehr gestoppt“ wurde. Hamburg tritt im Koalitionsvertrag für eine moderate Reform der Schuldenbremse und für eine Initiative im Bund zur Erbschaftssteuerreform ein. (KV 2025, S. 8)



## Hamburg – eine gespaltene Stadt! Zur Bedeutung des Sozialen

In der Präambel des rot-grünen Koalitionsvertrag von 2015 wurde noch vollmundig folgende Grundaussage auf Seite 10 verkündet: „Hamburg ist eine Stadt der Bildung und Wissenschaft. Für die Zukunft unserer Kinder und der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist die Qualität unserer Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen von zentraler Bedeutung“. Kitas wurden in der Aufzählung nicht genannt. Auf Seite 73 wurde sogar verkündet, „dass Hamburg zur kinderfreundlichsten Stadt in Deutschland werden“ soll. Der Koalitionsvertrag von 2020 formuliert auf Seite 115 wesentlich bescheidener und spricht nur noch von einer familienfreundlichen Stadt „mit guten Rahmenbedingungen, in der Kinder gut und chancengerecht aufwachsen“. Im Koalitionsvertrag 2025 auf Seite 4 heißt es dann: „Modern, l(i)ebenswert, klimafreundlich und wirtschafts-stark – so ist unser Hamburg. Hier leben die glücklichsten Bürger\*innen Deutschlands. Wir sind eine familienfreundliche Stadt, in der Kinder von Geburt an gut und gesund aufwachsen können, machen Hamburg altersgerecht und stellen uns somit den Herausforderungen des demographischen Wandels“. (KV 2025, S. 5)

Kinder und Jugendliche werden im Wesentlichen als zukünftige Arbeitskräfte definiert und der Kita-Ausbau erfolgt vorrangig zur „Vereinbarkeit von Arbeit und Familie“. Von Kinderrechten ist hier nicht die Rede und im gesamten Koalitionsvertrag nur am Rande. Der Kita-Ausbau folgt der Notwendigkeit gesteigerter Wertschöpfung in der Metropolregion Hamburg. (16) Das Kita-Gutscheinsystem wird als große Erfolgsgeschichte beschrieben, die fortgesetzt werden soll. Wenn etwas verbessert werden soll, ergehen Prüfaufträge. Beispiel auf Seite 143: „Wir werden prüfen, ob und wie auch sozialpädagogische Assistent\*innen in ihrer Ausbildung vergütet werden können.“ Das gilt auch für die Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe. Die soziale Spaltung spielt in den Koalitionsverträgen seit 2015 kaum eine Rolle. „Unser Ziel ist es, Kinderarmut gezielt zu bekämpfen“, steht auf Seite 141 des KV 2025. Eine Anti-Armutsstrategie: Fehlanzeige. Es erfolgt auch keine Unterlegung mit Fakten und Maßnahmen. Dabei leben 52.400 der unter 15-Jährigen in Bürgergeld-Bezug. (3)



In Hamburg beziehen 52.400 unter 15-jährige Bürgergeld. Das sind fast 20% aller Kinder, die seit Jahren nicht ausreichend versorgt sind.

### Abbildung dieser Politik in den Feldern der Kinder- und Jugendarbeit:

Auf 5,5 Seiten sind die Vereinbarungen ganz am Ende des KV von 2025 zusammengefasst. Auch in der Kinder- und Jugendhilfe werden dort seit 2015 junge Menschen als Humankapital definiert. Beispielhaft im KV 2015 auf Seite 10. „Wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können“. Leistung muss also verdient werden.

Laut KV von 2025 gibt es in Hamburg 200.000 Familien mit Kindern. Diese Familien treffen auf eine Kinder- und Jugendhilfe, die nach der Corona-Pandemie, dem Beginn des Ukraine-Krieges mit einem Energiepreisschock und weiterer Zunahme und Vertiefung von Armutslagen nicht adäquat aufgestellt ist. Brennpunkte sind die Inobhutnahme-Einrichtungen (17), die Offene Arbeit (18), der Allgemeine Soziale Dienst (19) oder die Kindertagesstätten (20). Alle Fachkräfte arbeiten am Limit in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Gründung des „Tu Was, Hamburg!“-Netzwerkes war eine konsequente Reaktion auf diese Lage. (21) Dabei hat das Netzwerk nicht nur Kritik angemeldet, sondern auch Alternativen entwickelt und der Fachbehörde vorgestellt. (22) Die konsequente Ausrichtung des Netzwerkes auf solche Alternativen und das Arbeiten an einem gemeinsamen Berufsbild, das versucht, gegen die bestehenden Konkurrenzen zu arbeiten, hat bis jetzt dazu beigetragen, dass das Netzwerk nicht wie bei früheren Versuchen schnell wieder aufgelöst wurde. Forderungen und Alternativvorschläge finden Eingang in den KV.

### Für den Bereich der von Wohnungslosigkeit betroffenen jungen Menschen:

- Wohnungs- und Obdachlosigkeit will der Rot-Grüne Senat bekämpfen und am Ziel, Beseitigung Obdachlosigkeit bis 2030, wird festgehalten.
- Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle soll konzeptionell neu aufgestellt, personell verstärkt und mit Aufgaben von Fördern & Wohnen bei der vorübergehenden öffentlichen Unterbringung stärker verschränkt werden.
- Die temporäre Wohnunterbringung für junge Obdach- und Wohnungslose soll für die temporäre Wohnunterbringung im Jungerwachsenenprogramm (18-27 Jahre) aufgestockt werden. Der weitere Bau von wohnanrechts-gebundenem Wohnraum und der Ankauf von Belegungsbindungen wird Handlungsspielraum für weiteren Wohnraum bieten, der

für trägerbegleitetes Wohnen und das Projekt „Housing-First“ genutzt werden kann. (vgl. ebd., S. 83-85) Weiter formuliert der Senat: „Beide Ansätze werden wir künftig als Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII (Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten) ausgestalten, um flexibel auf Bedarfe reagieren zu können.“ (KV 2025, S. 84) In diesem Bereich verhandelt die Fachbehörde seit über einem Jahr mit der AG Wohnungen für Straßenkinder des Tu Was-Netzwerkes und jetzt mit einem Trägerverbund.

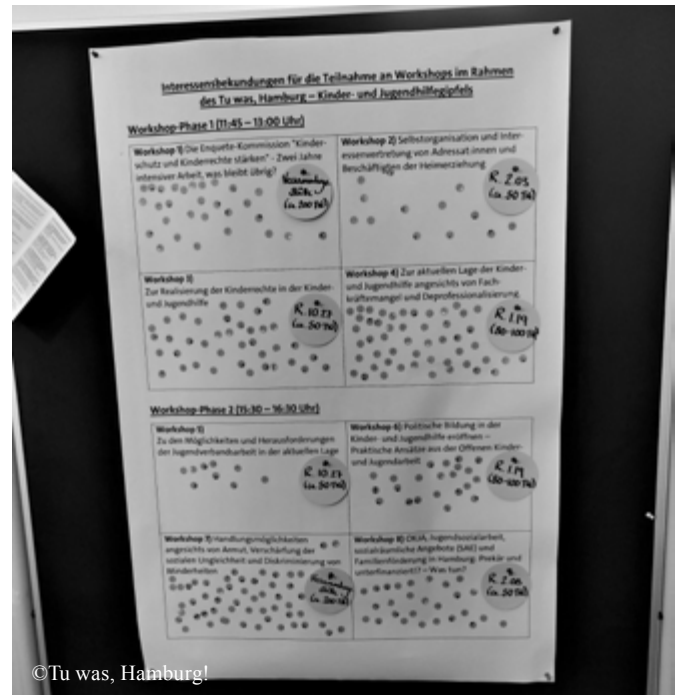
## Für den Kinderschutz:

- „Die gezielte Personalentwicklung im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) werden wir weiterführen.“ (KV 2025, S. 143) „Für eine flächendeckende Versorgung schaffen wir ein weiteres Kinderschutzzentrum in Hamburg-Ost/Wandsbek.“ (ebd.)
- Die längst überfällige Dezentralisierung des Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) soll auf den Weg gebracht werden. Auch in den Kinderschutzhäusern des Landesbetriebs Erziehung und Bildung sollen Maßnahmen erfolgen, die dem herausfordernden Arbeitsumfeld der Fachkräfte gerecht werden. Kinder und Jugendliche in der stationären und teilstationären Betreuung sollen möglichst im Quartier verbleiben können. Damit ist wohl der erste – allerdings sehr kleinteilige Einstieg – in die Finanzierung von sozialräumlichen Angeboten wie der Sozialgenossenschaft Horn gemeint. (vgl. ebd., S. 83, 84, 104)

## Für die Jugendverbandsarbeit, die Offene Arbeit und Partizipation von Kindern und Jugendlichen:

- Der Senat will der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu mehr Planungssicherheit verhelfen und die bauliche Infrastruktur der OKJA durch Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie Neubauten erhalten und modernisieren. Wie zäh die Umsetzung solcher Vorhaben sind, zeigen die seit Monaten andauernden Verhandlungen der AG Träger mit der Fachbehörde.
- Die Arbeit der Hamburger Kinder- und Jugendverbände als wesentliche Akteur\*innen der Demokratiebildung soll gestärkt werden. Die Rahmenbedingungen für die Jugendverbandsarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche werden im Wesentlichen als zukünftige Arbeitskräfte definiert und der Kita-Ausbau erfolgt v.a. für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



sollen gestärkt werden, um zu einer möglichst wirkungsvollen Jugendbeteiligung beizutragen. Das soll in einem Kinder- und Jugendmitwirkungsgesetz verankert werden. (vgl. KV 2025, S. 145) Damit wird eine schon seit langer Zeit erhobene Forderung der LAG Kindheit und Jugend formal aufgegriffen. Bisher ist das allerdings nur eine blumige Ankündigung.

## Verstärkung der Ordnungspolitik

Neben den Wohnraum schaffenden Maßnahmen wird mit dem Aktionsplan Öffentlicher Raum auch mit verschärfter Ordnungspolitik auf soziale Probleme reagiert. (vgl. ebd., S. 106, 107) Dafür steht das neue Konzept der Fachbehörde zur Straßensozialarbeit, die in dieser abzulehnenden Form „gestärkt werden“ soll. Damit wird eine Abkehr von akzeptierender Arbeit vollzogen und es ist von „aktivierender Ansprache“ die Rede. Dies wird ein zukünftiges Feld der Auseinandersetzung in der Stadt sein. Die Stadt Hamburg setzt damit verstärkt auf Vertreibung und Kontrolle obdachloser und suchtkranker Menschen im Bereich der Innenstadt. Diese werden schon jetzt vermehrt durch Polizei und Sicherheitsdienste angesprochen und aus dem Bereich der Innenstadt verdrängt. Jedoch nicht gemäß der Expertise der Kolleg\*innen selbst. Der Fachvorstand (FV) Erziehung, Bildung und Soziale Arbeit ver.di Hamburg kommentiert richtig: „Der fachliche Auftrag Sozialer Arbeit beinhaltet die Verpflichtung auf Parteilichkeit mit ihren Adressat\*innen mit dem Ziel, ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern. Die gesellschaftlichen Aufträge von Ordnungsbehörden und Sicherheitsdiensten unterscheiden sich davon elementar. Ziel aller politischer Maßnahmen muss die Überwindung sozialer Problemlagen sein und nicht die Verdrängung der unter ihr besonders leidenden Personengruppen.“ (23) Die Positionierung der LAG Straßensozialarbeit ist die richtige Antwort. (24)

## Freiheit entziehende Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe

Für das Festhalten an restriktiven, nicht nachhaltigen Antworten auf sozialpolitische Herausforderungen spricht auch die weiterhin geplante Einrichtung „Casa Luna“. (vgl. KV 2025, S. 144) Dort hat jetzt der Bau in aller Stille begonnen. (25) Die Alternative dazu liegt auf dem Tisch. (26)

Die geplante „aktivierende Ansprache“ widerspricht den Grundsätzen akzeptierender Sozialarbeit.

### Fazit

Der Bedeutungsverlust des Sozialen in der Stadt ist auch eine Folge davon, Hamburg als Konzern zu führen. Viele Mittel werden über „Schattenhaushalte“ finanziert. Ein Beispiel: Schulbau Hamburg (SBH). Investitionen in die Kitas müssen aus den laufenden Kosten realisiert werden. Das Modell SBH soll jetzt auch auf den Bau von Wohnungen für Studierende und Auszubildende übertragen werden. (vgl. KV 2020, S. 17) Bundesmittel gehen in einzelne Leuchtturmprojekte wie den Elbtower. Die Überschüsse gehen in den Schuldenabbau, um insbesondere das Desaster um die HSH Nordbank weiter zu bedienen. Die hohen Ausgaben für den Wehretat, alleine um die dafür nötige Infrastruktur zu schaffen, schaffen zusätzliche Risiken, die die Armen der Stadt massiv treffen werden.

Nicht einmal die Copsy-Studie, die viele Erkenntnisse zum Wohlergehen junger Menschen liefert, schafft es in den Koalitionsvertrag. Der Senat neigt an vielen Stellen der Stadtpolitik zu ordnungspolitischen Lösungen. Diese Politik ist fachlich abzulehnen und nicht nachhaltig. Um unsere Parteilichkeit zu stärken, muss auch ein Zeugnisverweigerungsrecht für unsere Berufsgruppe erstritten werden.

Im KV werden viele Prüfaufträge und Vorhaben formuliert, die nicht mit harten Zahlen und Haushaltsdaten unterlegt sind. Außerdem wird darauf verwiesen, dass alles unter Finanzierungsvorbehalt steht. Das lässt vermuten, dass die benannten Themen und Anliegen nicht verlässlich vorgebracht werden sollen. (vgl. KV 2020, S. 17) Der Zusammenhang von Stadtentwicklung und sozialer Frage muss also aus der Zivilgesellschaft kommen. Dies gilt auch für die im Koalitionsvertrag erwähnte Hamburg-Zulage. (vgl. KV 2025, S. 19) Die 2 Mrd. € für Sportzentren und -plätze werden ohne erfolgreiche Olympia-Bewerbung höchstens im Kleinformat realisiert werden (vgl. KV 2025, S. 130-132). (27) Den notwendigen Ausbau der sozialen Infrastruktur wird es ohne Protest und Organisation nicht geben. Eine Anti-Armutsstrategie wird auch nur so auf den Weg gebracht werden können. Sonst bleibt das reiche Hamburg eine sozial gespaltene Stadt.

### Literatur:

Koalitionsvertrag (2015): Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg. Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 21. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg.

Koalitionsvertrag (2020): Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten. Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg Und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg.

Koalitionsvertrag (2025): Hamburg vereint – mit Herz und Verstand. Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 23. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg.



### Anmerkungen:

- 1) Es sollen jeweils 3000 Plätze für Studierende und Auszubildende in der Stadt entstehen nach dem Vorbild von Schulbau Hamburg KV 2025, S. 12, 36
- 2) Alle Zahlen aus Stadtteilprofile 2019 und 2023 URL: [https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/Stadtteil-Profil\\_HH-BJ-2019.pdf](https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/Stadtteil-Profil_HH-BJ-2019.pdf) und <https://www.hamburg.de/resource/blob/61582/3ade774719e2f5b5085c1dc191a1c5a6/1-vergleichsdaten-eimsbuettel-pdf-data.pdf> [28.10.25]
- 3) Alle Zahlen nach Stadtteilprofile 2023
- 4) Dey, Andreas (2025): Steuerschätzungen: Einnahmen gehen zurück, Hamburger Abendblatt, 21.5.25
- 5) Koalitionsvertrag 2015 „Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg“



©Tu was, Hamburg!

- 6) Zum Leitbild Metropolregion siehe URL: <https://metropolregion.hamburg.de/resource/blob/960694/4b281898a7c0973d0d9e8c6403adac3a/raeumliches-leitbild-data.pdf> [30.10.25]
- 7) Kameralistik bezeichnet die rein formale Buchführungsmethode, die durch eine Einnahmeüberschussrechnung und periodengerechte Zuordnung gekennzeichnet ist. Im Unterschied dazu wird bei der Buchführungsmethode Doppik auf zweiseitigen Konten Soll- und Habenseite gebucht, siehe hierzu u.A. die Drucksachen 20/2363 und 22/3643
- 8) Bürgerschaft (2011): Drs. 20/2363 Interfraktioneller Antrag vom 23.11.2011 Strategische Neuausrichtung des Haushaltswesens
- 9) Siehe Strukturmerkmale Drucksache 20/2363, S. 2
- 10) URL: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/finanzbehoerde/themen/haushalt/zusammenfassung-261850> [11.10.25]
- 11) URL: <https://hamburger-kurs.de/bundshaushalt-2025-die-hamburg-liste/> und siehe DIE LINKE Hamburg, Seite 5 und 6, URL: [https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/08/DIE\\_LINKE\\_HH\\_Fraktion\\_Broschuere\\_Doppelhaushalt\\_2016-09\\_Netz.pdf](https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/08/DIE_LINKE_HH_Fraktion_Broschuere_Doppelhaushalt_2016-09_Netz.pdf) [28.10.25]
- 12) URL: [https://www.hamburgisches-verfassungsgericht.de/fileadmin/documents/judgements/2020/hverfg\\_4\\_20\\_urteil\\_endfassung\\_anonymisiert.pdf](https://www.hamburgisches-verfassungsgericht.de/fileadmin/documents/judgements/2020/hverfg_4_20_urteil_endfassung_anonymisiert.pdf)
- 13) Dey A (2024) Finanzbehörde meldet einen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro, Hamburger Abendblatt 16.8.24
- 14) URL: [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/88237/bundesmittel\\_im\\_hamburger\\_haushalt.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/88237/bundesmittel_im_hamburger_haushalt.pdf) und [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/88237/bundesmittel\\_im\\_hamburger\\_haushalt.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/88237/bundesmittel_im_hamburger_haushalt.pdf) URL: [11.10.25]
- 15) Dey, Andreas (2024): So gibt Hamburg 44 Milliarden Euro aus, Hamburger Abendblatt 19.12.2024
- 16) Siehe Studie des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut HWWI „Elterliche Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung in Hamburg: Entwicklung und Zusammenhänge im Kontext knapper werdender Fachkräfte“
- 17) Siehe z.B. Bürgerschaft (2020a): Drs. 22/1784. Auftrag für eine Studie zur Stärkung der Kinderrechte vor, während und nach Inobhutnahmen (sozialpädagogische Krisenintervention in der Kinder- und Jugendhilfe nach §§ 42 und 42a SGB VIII) Antrag der Fraktion DIE LINKE, 14.10.2020
- 18) OKJA strukturell absichern! Forderungspapier von der AG Träger in der OKJA URL: [https://www.vkjhh.de/fileadmin/Allgemeines/FORDERUNGEN\\_AG\\_freie\\_Traeger\\_OKJA.pdf](https://www.vkjhh.de/fileadmin/Allgemeines/FORDERUNGEN_AG_freie_Traeger_OKJA.pdf) [27.10.25]
- 19) Drs. 22/13813.: ASD am Limit – ein Jahr nach dem Brandbrief aller sieben Jugendamtsleitungen nach wie vor Notstand und Überlastung in ASD-Abteilungen? Schriftliche Kleine Anfrage von Sabine Boeddinghaus und Insa Tietjen (DIE LINKE), 19.12.2023
- 20) Bürgerschaft (2024) Protokoll/Wortprotokoll der öffentlichen Sitzung des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses 22/33 vom 20.6.2024
- 21) Siehe URL: <https://tu-was-hamburg.de> [27.10.25]
- 22) Fachveranstaltung Wohnungen für Straßenkinder am 21.2.25. URL: <https://tu-was-hamburg.de/?p=483> [27.10.25]
- 23) FV EBSA ver.di Hamburg URL: [file:///C:/Users/fhohenthal/Downloads/2507\\_FV%20EBSA\\_KV.pdf](file:///C:/Users/fhohenthal/Downloads/2507_FV%20EBSA_KV.pdf) [30.10.25]
- 24) Die LAG Straßensozialarbeit formuliert daran eine starke Kritik, der wir uns anschließen: <https://www.entschlossen-offen.de/2025/05/17/stellungnahme-der-lag-strassensozialarbeit-zur-neukonzeptionierung-der-strassensozialarbeit/> URL: [27.10.25]
- 25) URL: <https://taz.de/Zwoelf-Jahre-nach-Haasenburg-Schliessung!/6116384/> URL: [27.10.25]
- 26) Siehe: URL: [https://www.geschlossene-unterbringung.de/wp-content/uploads/2025/04/Zusammenwirken-Jugendhilfe-Jugendpsychiatrie\\_1\\_23\\_print.pdf](https://www.geschlossene-unterbringung.de/wp-content/uploads/2025/04/Zusammenwirken-Jugendhilfe-Jugendpsychiatrie_1_23_print.pdf) [27.10.25]
- 27) Reiner Grünberg u.a. (2025): Heftige Kontroverse um Hamburgs Olympiabewerbung, Hamburger Abendblatt 29.10.25, Seite 33

### Ronals Prieß

ist seit 2015 Botschafter der Straßenkinder und in dieser Eigenschaft bei der IVOA angebunden. Er arbeitet mit bei „Tu was, Hamburg“ und in der LAG Kindheit und Jugend (Die Linke).